

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 15. April 2021

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Erwin Preiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend weitere Schritte für ein Glyphosatverbot

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend weitere Schritte für ein Glyphosatverbot

Glyphosat ist seit vielen Jahren in einer Reihe von weltweit zugelassenen Unkrautbekämpfungsmitteln, wie zum Beispiel im Mittel „Round up“, als Wirkstoff enthalten. Glyphosat wirkt als Totalherbizid. Das heißt, wo Glyphosat gespritzt wird, wächst keine Pflanze mehr. Der Einsatz von glyphosatbasierten Herbiziden ist in den letzten Jahren massiv angestiegen. Rund 330 Tonnen Glyphosat werden jährlich österreichweit aufgebracht, die Absatzmengen sind international und auch in Österreich in den letzten 15 Jahren deutlich gestiegen. Das meist eingesetzte Pflanzengift der Welt tötet jede Pflanze, die nicht gentechnisch so verändert wurde, dass sie den Herbizideinsatz überlebt. Viele Studien bringen die Verwendung von Glyphosat mit negativen gesundheitlichen Folgen in Verbindung, als mögliche negative gesundheitliche Auswirkungen können unter anderem chronische oder langfristige Erkrankungen auftreten. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft.

Während auf nationaler Ebene seit vielen Jahren über ein österreichweites Verbot des Einsatzes von Glyphosat diskutiert wurde, setzte das Land Burgenland verschiedenste Initiativen, um den Einsatz von Glyphosat im Burgenland schrittweise zu reduzieren. Beispielsweise verzichtet die Baudirektion (Abteilung 5) im Bereich der Grünraumbewirtschaftung entlang der Straßen seit dem Jahr 2013 auf den Einsatz von Glyphosat. Im Jahr 2016 wurde des Gütesiegel „ökologische Gemeinde“ ins Leben gerufen. Dieses Gütesiegel zeichnet jene Gemeinden aus, die freiwillig auf den Einsatz von Glyphosat verzichten. Mittlerweile haben 44 Gemeinden im Burgenland das Glyphosat aus der öffentlichen Grünraumpflege verbannt. Seit 2018 sind auch alle landesnahen Unternehmen glyphosاتفrei. Im privaten Bereich zielt das Land mit der Aktion „Natur im Garten Burgenland“ auf naturnahe Gärten ab. Der Verzicht auf Pestizide ist dabei eines der Kernkriterien, um eine „Natur im Garten“-Plakette erhalten zu können. Seit Beginn der Aktion im Jahre 2017 wurden über 300 Plaketten vergeben.

Bereits im Juli 2019 wurde im Nationalrat ein nationales Totalverbot von Glyphosat beschlossen zu einer Umsetzung kam es bis jetzt jedoch nicht. Dabei beruft sich das zuständige Ministerium laut Medienberichten auf die rechtliche Einschätzung einer beauftragten Machbarkeitsstudie zum Glyphosatausstieg, in welcher das luxemburgische nationale Glyphosatverbot in Frage gestellt wird.

Nicht in Frage gestellt werden kann hingegen, dass abseits von gesetzlichen Verboten auch positive Lenkungseffekte durch Agrarförderungen signifikant zur Pestizidreduktion beitragen. Dies wird auch von den Autoren der ggst. Machbarkeitsstudie befürwortet.

Rund 90% des weltweiten Gesamtverbrauchs von Glyphosat entsteht durch die Verwendung in der Landwirtschaft. Bestrebungen zur Eindämmung des Einsatzes von Glyphosat machen also nur dann Sinn, wenn sie auch die Landwirtschaft einbeziehen. Glyphosat wird in der Landwirtschaft beispielsweise zur Vorsaats- bzw. Vorlaufbehandlung vor allem bei Mais, Zuckerrübe und Sojabohne, zur Nacherntebehandlung insbesondere auf Getreidestoppeln oder auch zur Reihenbehandlung im Obst- und Weinbau eingesetzt.

Im Burgenland wurde mit der Einleitung der Bio-Wende 2019 bereits ein bedeutsamer Schritt in Richtung Reduzierung des Einsatzes von Glyphosat in der heimischen Landwirtschaft gesetzt. In der biologischen Landwirtschaft wird nach einem ganzheitlichen Ansatz gewirtschaftet und im Vordergrund der Bewirtschaftung steht der Einsatz natürlicher Substanzen. Eine minimale Bodenbearbeitung, eine bodenschonende Wirtschaftsweise und der damit einhergehende Schutz vor Erosion und Verdichtung sind wesentliche Kennzeichen der biologischen Landwirtschaft. Mit der Forcierung der biologischen Landwirtschaft im Burgenland und den bereits gesetzten Maßnahmen wird die Umwelt entlastet, die biologische Vielfalt gesteigert und die Gesundheit der Menschen gefördert.

Die EU hat sich in der Förderperiode 2021-2027 zum Ziel gesetzt, die biologische Landwirtschaft zu stärken und den Einsatz von Pestiziden zu reduzieren. Mit 2023 beginnt eine neue Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik. Der österreichische Strategieplan dazu wird zurzeit ausgearbeitet. Bis heute gibt es leider kein generelles Glyphosatverbot im Rahmen der freiwilligen Teilnahme am ÖPUL (Österreichisches Umweltprogramm). Im Hinblick auf das gesundheitsschädigende Potenzial für Menschen und Umwelt von Glyphosat ist eine mögliche Anwendung in einem Umweltprogramm schwer verständlich und nachvollziehbar – ein Verzicht bei Teilnahme ist daher notwendig! Für die kommende Periode soll daher für die Teilnahme am ÖPUL auch ein verpflichtender Verzicht auf glyphosathaltige Herbizide Voraussetzung sein.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- das Inverkehrbringen des Pflanzenschutzmittels Glyphosat im Sinne des Vorsorgeprinzips verbieten;
- für die Teilnahme am ÖPUL einen verpflichtenden Verzicht auf glyphosathaltige Herbizide umsetzen und
- sich auf EU – Ebene für ein EU-weites Glyphosatverbot in allen Bereichen einzusetzen.